



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

### **Black Lives Matter - Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung in Bayern umsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt alle tätlichen und verbalen Angriffe gegen Menschen afrikanischer Abstammung im öffentlichen wie auch im privaten Bereich sowie jegliche Formen der Diskriminierung von Schwarzen.

Der Landtag begrüßt die Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa (2018/2899(RSP)) vom 20. März 2019.

Der Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten sowie regionale Beziehungen über die Maßnahmen Bayerns zur Umsetzung der „Internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung“ (2015-2024) zu berichten.

Der Bericht soll mindestens folgende Bereiche abdecken:

- Erfassung der Diskriminierung von Menschen afrikanischer Abstammung in Bayern
- Entwicklung geeigneter Antidiskriminierungsmaßnahmen
- Einbeziehung der Vorstellungen von Menschen afrikanischer Abstammung in die Antirassismus-Strategie der Staatsregierung
- Förderung der besseren Kenntnis der Kultur und Geschichte von Menschen afrikanischer Abstammung

### **Begründung:**

Seit dem Tod des Afro-Amerikaners George Floyd, der am 25. Mai 2020 in Minneapolis im US-Bundesstaat Minnesota bei einem brutalen Polizeieinsatz ums Leben gekommen war, protestieren weltweit immer mehr Menschen unter dem Zeichen „Black Lives Matter“ für die Rechte von Schwarzen. Auch in München gingen am 6. Juni 2020 25 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Straße, in Nürnberg 5 000, in Augsburg 3 000.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat die Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung mit der Resolution 68/237 einstimmig ausgerufen. Sie steht unter dem Motto „Menschen afrikanischer Abstammung: Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung“. Die Staatengemeinschaft hat sich dazu verpflichtet, bis 2024 die Anerkennung, Rechte und Entwicklung von Menschen afrikanischer Abstammung zu fördern

und rassistische Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen. Im Aktionsprogramm der Resolution 69/16 der UN-Generalversammlung sind konkrete Handlungsfelder und Maßnahmen beschrieben, um Rassismus und rassistischer Diskriminierung entgegenzutreten. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an der Internationalen UN-Dekade. Dies ist auch Auftrag und Verpflichtung für den Freistaat Bayern zur Mitwirkung.

„In Deutschland sind Menschen afrikanischer Abstammung täglich rassistischer Diskriminierung, Afrophobie und Racial Profiling ausgesetzt.“ So lautete das Fazit der UN-Expertinnen- und -Expertengruppe für Menschen afrikanischer Abstammung, die Anfang 2017 die Situation von Schwarzen in Deutschland untersucht hat.

Die European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) hat in ihrer Studie „Als Schwarzer in der EU leben“ vom November 2019 eindringlich dargestellt, dass ein erheblicher Anteil von Menschen afrikanischer Abstammung rassistisch motivierter Belästigung ausgesetzt ist. Ein Drittel der Befragten (30 Prozent) gab an, in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung Opfer von rassistisch motivierter Belästigung gewesen zu sein, in Deutschland gar 48 Prozent. Diskriminierung von Schwarzen findet demnach in allen gesellschaftlichen Bereichen statt, insbesondere auch auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und im Bildungssektor. „Polizeikontrollen werden häufig als ethnisches Profiling erlebt“, heißt es in der empirischen Analyse.

Politikerinnen und Politiker afrikanischer Abstammung sehen sich europaweit entwürdigenden Angriffen in der Öffentlichkeit ausgesetzt.

In Europa leben etwa 15 Mio. Afro-Europäer.